
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 13.11.2024

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:27 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Leitung der Sitzung: **Herr Rumpf** **Vorsitzender des Stadtrates**
 Frau Koschig **1. Stellvertreterin**
 Herr Bernstein **2. Stellvertreter**

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 43 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sowie **Herr Ratzmann, Fraktion AfD**, stellen den Antrag den Tagesordnungspunkt 7.3 von der Tagesordnung zu nehmen, da diese Thematik nicht in das Aufgabengebiet der Stadt Dessau-Roßlau fällt. Nach einer Aussprache wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Die Tagesordnung wird in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 35:03:05

3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2024

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 11.09.2024 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 40:00:03

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 16. Oktober 2024 bis zum 12. November 2024:

- In der Vorbereitung auf den Bürgerentscheid am 01.12.2024 finden diverse Informationsveranstaltungen bzw. Informationstreffen statt. In dem Zusammenhang ist die Kampagne der Stadt zum Bürgerentscheid gestartet.
- Bei der bundesweiten Aktion „Stadtradeln“ hat die Stadt Dessau-Roßlau den 14. Platz von 139 Städten mit 50.0000 – 100.000 Einwohner belegt. Mit einer zurückgelegten Strecke von rund 400.000 km ist man bildlich einmal bis zum Mond geradelt.
Auch 13 von 50 Stadtratsmitgliedern haben sich an der Aktion beteiligt. Mit fast 900 km ist Frau Stadträtin Bahn-Kunze (Fraktion CDU) die radaktivste Stadträtin und erhält damit einen kleinen Preis vom Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck sowie von der Schirmherrin des Stadtradelns, Frau Bürgermeisterin Lohde.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist darauf hin, dass ausschließlich der Presse, dem Rundfunk und ähnlichen Medien gestattet ist, Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen vorzunehmen. Er bittet um Einhaltung des § 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 16.10.2024 bekannt:

- Grundstücksangelegenheiten
 - Zustimmung zum Verkauf der ehemaligen Friedrichskaserne Rosenhof
 - im Bereich des Biopharmaparks
- Maßnahmebeschluss zur Beschaffung und Einführung eines digitalen Medikationsmanagements (städtisches Klinikum)
- Maßnahmebeschluss zur Errichtung krankenhauser interner digitaler Kommunikationsprozesse (städtisches Klinikum)
- Maßnahmebeschluss zur Anpassung von Patientenzimmern an die besonderen Behandlungsformen im Fall einer Epidemie (städtisches Klinikum)
- Maßnahmebeschluss zur Errichtung einer Freiflächen- Photovoltaikanlage
- Maßnahmebeschluss zur Digitalisierung der Notaufnahme (städtisches Klinikum).

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Dropp, Bewohner der Hagenbreite in Dessau-Törten, berichtet von einem Zeitungsartikel, wo erläutert wurde, dass die Sanierung des Fußweges in der Möster Straße zugunsten der Fußwegsanierung der Tempelhofer Straße gestrichen werden soll. Der aktuelle Zustand, speziell im Bereich vom Dorfteich bis zur Hagenbreiten, ist nicht mehr tragbar und stellt eine erhebliche Gefahrenquelle dar, da kein Fußweg vorhanden ist. In der Vergangenheit sollte bereits eine Sanierung durchgeführt werden, welche aber durch den Wegfall der Straßenausbausatzung gestrichen wurde. Ferner kritisiert er die Mittelverwendung von Bauvorhaben. Seiner Meinung nach wird für viele Projekte, u. a. das Leitblankensystem an der Mannheimer Straße, unnötig Geld „rausgeschmissen“, obwohl es unnötig ist.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass das Vorhaben der Parkierung in der Tempelhofer Straße teurer wurde. Wenn in diesem Jahr noch Aufträge ausgelöst werden sollen, welche bis in das nächste Jahr gehen, müssen sogenannte Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Das bedeutet nicht, dass die finanziellen Mittel der Möster Straße gestrichen werden, sondern es geht um eine Verpflichtungsermächtigung und die finanziellen Mittel werden für den Haushalt 2025 angemeldet. Sie berichtet, dass anlässlich immer wieder aufkommender Fragen diesbezüglich im Stadtbezirksbeirat angedacht ist, in einer der nächsten Sitzungen des Stadtbezirkes gemeinsam mit dem Tiefbauamt in den aktiven Austausch zu gehen. Frau Bürgermeisterin Lohde lädt Herrn Dropp dazu ein.

Herr Dropp möchte erfahren, wann das Thema behandelt wird und wie er darüber in Kenntnis gesetzt wird. **Frau Beigeordnete Lohde** berichtet, dass er rechtzeitig darüber informiert wird.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, sowie Frau Marx, Fraktion AfD, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Laurens Nothdurft, Fraktion AfD, wendet sich mit zwei Roßlauer Anliegen an die Stadtverwaltung. Zum einen thematisiert er den Beschluss des Stadtrates vom 15.05.2024, wonach das Grundstück mit Gebäude des ehemaligen Sportstudios „Topfit“ angekauft werden sollte zur Nutzung des SV Germania 08 Roßlau. Zwischenzeitlich ist eine lange Zeit verstrichen, in der der SV Germania das geforderte Betreiberkonzept vorgelegt, der Verkäufer ein Wertgutachten erstellen lassen und im September eingebracht hat. Auch haben bereits Begehungen des Grundstücks stattgefunden. Weitere Schritte, die auf eine Bereitstellung der Räumlichkeiten hindeuten, sind jedoch nicht erkennbar. Der Verein hat annähernd 500 Mitglieder, davon 250 Kinder, weiter wachsend. Die Räumlichkeiten werden gerade jetzt in der Winterzeit dringend benötigt. Stadtrat Nothdurft erfragt den Verfahrensstand und insbesondere den Zeitpunkt der Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten an den SV Germania.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt fest, dass das Konzept, wie vereinbart, geliefert wurde. Die entsprechenden Mittel werden für den Haushalt 2025 regulär eingestellt und absprachegemäß die Voraussetzungen für einen Pacht- oder Erbbaupachtvertrag mit dem Verein geschaffen. Auch wenn der Verein bereits ein Verkehrswertgutachten erstellen lassen hat, muss die Stadt bei jedem Ankauf eines Vermögensgegenstandes ein eigenes Verkehrswertgutachten in Auftrag geben. Aus Sicht des Oberbürgermeisters dürfte dies jedoch zügig erfolgen, sodass mit dem Haushalt 2025 dann auch der avisierte Ankauf geleistet werden kann.

Herr Stadtrat Nothdurft thematisiert des Weiteren die Schutzmaßnahmen vor dem verfallenden Haus in der Luchstraße 1 in Roßlau, die den gesamten Fuß- und Radweg parallel zur Bundesstraße sperren. Er erachtet dies als extrem gefährlich für die Bürger, vor allem für die Kinder, die sich im dichten Berufsverkehr an dieser Stelle auf die Fahrbahn der Bundesstraße begeben müssen, um vorbeizukommen. Der Ortschaftsrat Roßlau hat bei einem Ordnungsrundgang festgestellt, dass die Schutzmaßnahmen sehr breit aufgestellt sind, möglicherweise über das notwendige Maß hinaus. Er erfragt die Reaktion der Verwaltung auf die Bitte einer Prüfung, ob die Sicherung anders vorgenommen oder die Sperrung zurückversetzt werden könnte, sodass der Radweg und ein Teil des Fußweges passierbar wären.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass für die Sicherung des Grundstückes in erster Linie der Eigentümer zuständig ist. Da dieser sich jedoch nicht darum kümmert, wurde die Verkehrssicherung ersatzweise durch die Verwaltung vorgenommen. Es muss daran gearbeitet werden, dass der Eigentümer seinen Verpflichtungen nachkommt. Dies sollte die Zielrichtung, auch im Ortschaftsrat, sein. Frau Bürgermeisterin Lohde nimmt den Prüfauftrag mit und bespricht ihn mit Herrn Meister vom Bauordnungsamt, in dessen Zuständigkeit das Anliegen fällt.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bezieht sich auf einen Bericht der Mitteldeutschen Zeitung von der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personal-

ausschusses mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung. Als Einreicher eines Änderungsantrages zu den Hebesätzen wurde die nicht mehr existierende Fraktion „Grüne, FDP, Neues Forum-Bürgerliste“ benannt. Auf Nachfrage bei dem in Vertretung tätigen Autor des Artikels erklärte dieser, die Bezeichnung der Fraktion dem Ratsinformationssystem der städtischen Internetseite entnommen zu haben. Stadtrat Dreibrodth erachtet es als Armutszeugnis, wenn das dritte Oberzentrum des Landes Sachsen-Anhalt 4 ½ Monate nach der Konstituierung des neuen Stadtrates noch immer „den Schnee von gestern“ auf seiner Internetseite präsentiert. Am Tag der Sitzung ist es nicht möglich, auf die Rubrik „Stadtrat und Ausschüsse“ im Ratsinformationssystem zuzugreifen, weil offensichtlich seit Tagen versucht wird, endlich die aktuellen Daten einzupflegen. Stadtrat Dreibrodth sieht dies als Beweis dafür, dass die Verwaltung nicht funktioniert und an den simpelsten Dingen scheitert. Für ihn ist das auch kein entschuldbares Verhalten, sondern kein gutes Aushängeschild für die Stadt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, parallel zur Rede von Stadtrat Dreibrodth das Ratsinformationssystem auf interne und externe Weise geöffnet zu haben und an beiden Stellen als Bezeichnung der Fraktion „Freies-Bürger-Forum“ vorgefunden zu haben. Derartige Hinweise sind herzlich willkommen. Er sichert eine Aufklärung zu, erachtet jedoch ein Pauschalurteil über die Verwaltung als nicht angemessen. Seiner Meinung nach sollte ein respektvoller Umgang gepflegt werden. Es ist bekannt, dass sich die Verwaltung sehr bemüht, die Fraktionsbezeichnung in der aktuellen Form korrekt auszusprechen.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet von einem Gespräch mit einer Bürgerin, die darauf hingewiesen hat, dass bei den öffentlichen Bekanntmachungen der Sitzungen die nichtöffentlichen Beschlussfassungen nicht mit Themen und Daten unterlegt sind. Selbstverständlich sind die Beschlussvorlagen in den Begründungen und Details nicht bekanntzugeben; er regt jedoch an, künftig die nichtöffentlichen Beschlussthemata mit anzugeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt den Prüfauftrag mit.

Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert daran, dass vor 35 Jahren die Roßlauer Bürgerschaft nach Friedensgebeten in der St. Marien Kirche Roßlau auf die Straße ging und dass es am Ende der Dienstademonstrationen immer auf dem Marktplatz ein offenes Mikrofon gab, wo Demonstranten ihren Unmut kundtaten, Änderungen forderten oder Vorschläge machten. Diese Forderungen wandelten sich mit der Zeit. So wurde aus „Wir sind das Volk“ bald „Wir sind ein Volk“. In Roßlau gab es aber auch eine durchgängige Forderung über alle 14 Demonstrationen. Vehement wurde gefordert, dass die SED, die im Roßlauer Rathaus noch regierte, raus solle und der Bürgermeister rein müsse. Die Stadtverwaltung war damals in Baracken und in einer 3-Raum-Plattenwohnung im Paulickring untergebracht. Mit den ersten freien Wahlen 1990 zog dann der neu gewählte Bürgermeister in das Rathaus ein. Daran erinnert heute ein Kunstwerk. Neben dem Fenster des Bürgermeisterzimmers zum Markt mahnt eine Axt aus dem Roßlauer Stadtwappen dem Bürgermeister, dem Volk

aufs Maul zu schauen und zeugt von der Kraft demokratischen Handelns während der friedlichen Revolution. 34 Jahre lang wurde dieser Raum im zweiten Obergeschoss als Bürgermeisterzimmer genutzt. Eine stillgelegte Steckdose erinnert heute noch daran, dass sich hier das Büro des ersten Sekretärs der SED-Kreisleitung Roßlau befand, gegen den sich die Wendeflüche richteten. Sie stellt fest, dass dem neu gewählten Ortsbürgermeister von Roßlau der Wahlperiode 2024-2029 dieses Zimmer verwehrt wird. Des Weiteren erhält dieser auch keinen Schlüssel zum Rathaus. Frau Stadträtin Koschig möchte wissen, aus welchem Recht heraus dies geschieht und ob es sich bei den anderen Ortsbürgermeistern der Stadt genauso verhält, dass diese in ihrem Verantwortungsbereich befindlichen Gemeinde- oder Amtshäuser nur eingeschränkt zur Verfügung stehen oder diese keinen uneingeschränkten Zugang haben. Weiter möchte sie wissen, welches Vertrauen der Oberbürgermeister und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung den auf ihr Amt verpflichteten Ortsbürgermeistern zollen. Nach Einspruch des Ortsbürgermeisters Laurens Nothdurft wurde ihm ein kleines Zimmer im Erdgeschoß des Roßlauer Rathauses zur Verfügung gestellt, in dem es kaum möglich ist, Bürger zu empfangen oder Besprechungen durchzuführen. Frau Stadträtin Koschig kann hier nur einen großen Affront gegen das Bürgermeisteramt der Stadt Roßlau erkennen. Als noch schlimmer erachtet sie, dass hier das Ehrenamt mit Füßen getreten wird. Sie möchte wissen, wer aus welchen Gründen die Entscheidung gefällt hat, dass der Roßlauer Bürgermeister das vor 35 Jahren erstrittene Büro nicht mehr nutzen darf und wie dieser Schritt begründet wird. Sie spricht für die Roßlauer die höfliche Bitte aus, der Forderung von vor 35 Jahren zügig nachzukommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ist der Ansicht, dass die bereits geführten Gespräche fortgesetzt werden sollten. Grundsätzlich ist das Thema „Amtszimmer“ selbstverständlich. Alles Weitere sollte untereinander besprochen werden. Auf ein ordentliches Dienstzimmer einschließlich Zugang wurde sich bereits verständigt.

Frau Grahneis, Fraktion Freies-Bürger-Forum, richtet das Wort an Herrn Beigeordneten Ulbrich. In der letzten Ortschaftsratssitzung wurde erneut danach gefragt, wann die Ortschaftsräte ein iPad sowie eine E-Mail-Adresse erhalten. Gleiches gilt auch für die Stadtbezirksbeiräte, die oftmals nicht Mitglied des Stadtrates sind. Sie möchte wissen, wann eine Umsetzung erfolgt.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, sichert eine Prüfung und Antwort in der kommenden Woche zu.

Herr Marahrens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nutzt die Gelegenheit zur Motivation, am diesjährigen Fahrrad-Klimatest bis zum 30. November teilzunehmen. Dabei geht es darum, die Fahrradfreundlichkeit der Stadt zu bewerten. Dieser Test wird alle zwei Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr durch den ADFC durchgeführt. Dessau-Roßlau wäre damit zum siebten Mal in Folge in der Wertung. Vor zwei Jahren erhielt die Stadt die Note 3,7, was in Sachsen-Anhalt „State of the Art“ darstellt. Die Verwaltung ist bei diesem Thema auf einem sehr guten Weg. Stadtrat Marahrens würde sich wünschen, dass sie den Vorsitz

hierbei fortführt. Den Test gibt es „frei Haus“ und an diesem kann man sehr gut feststellen, was gut in punkto Radverkehrsförderung läuft und was weniger gut. Auch die Meinung der Bürgerinnen und Bürger können hierbei erlangt werden. Er bietet den Stadträten und anwesenden Bürgerinnen und Bürgern an, eine Postkarte mit der Website zu dem Test auszuhändigen. Weiter äußert er die Bitte, auch in diesem Jahr eine Werbung für den Fahrrad-Klimatest für die kommenden zwei Wochen auf der Website der Stadt zu schalten, wie in der Vergangenheit bereits erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert zu, den Fahrrad-Klimatest auf der Website einzustellen.

Herr Jakob Uwe Weber, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, richtet das Wort an den Oberbürgermeister sowie den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus. Er möchte wissen, inwieweit es Kontakt mit der Insolvenz der Firmen AEM und heima gab und ob in Gesprächen Unterstützungsmöglichkeiten der Stadt abgeben wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Wirtschaftsförderung immer in Kontakt mit den Firmen steht. Es darf jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass die öffentliche Hand Möglichkeiten in einem Insolvenzverfahren hat. Wenn Firmen in Insolvenz gehen ist dies immer sehr bedauerlich, Einflussmöglichkeiten der Stadt sind hierbei jedoch so gut wie unmöglich. Natürlich gibt es Versuche dahingehend, Mitarbeiter wieder zu beschäftigen. Die Marktlage ist jedoch eine andere als noch vor Jahrzehnten. Natürlich sollten Unternehmen Hilfestellungen gegeben werden, wenn diese nötig sind. Es entspricht jedoch nicht der Realität, wenn der Eindruck nach außen erweckt wird, dass man an dieser Stelle wirklich etwas bewegen kann.

Herr Stadtrat Jakob Uwe Weber erwidert, dass Einflussmöglichkeiten schon vorhanden sind, wie sich bei Karstadt gezeigt hat. Er äußert seine Unzufriedenheit bezüglich der Antwort des Oberbürgermeisters.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck entgegnet, dass auch Karstadt gescheitert ist, nachdem viel Staatsgeld eingeflossen ist. Er bittet darum, nicht etwas zu suggerieren, was nicht den Tatsachen entspricht.

Herr Stadtrat Jakob Uwe Weber hält es nach wie vor für möglich, dass die Stadt hilfreich eingreifen kann. Ob dies zur Rettung ausreichen würde, müsste bewertet werden. Er hatte zur Prüfung aufgefordert, nicht dazu, unangemessen Geld zu verbrennen.

Des Weiteren möchte er wissen, wie hoch sich die Depotkosten für die ausgelagerten Kunstwerke und Archivgegenstände pro Jahr belaufen, die am Schlossplatz untergebracht waren. Er bittet um eine Nennung der jährlichen Summe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Summen im Haushaltsplan transparent abgebildet.

Herr Stadtrat Jakob Uwe Weber kritisiert mit Nachdruck das Stimmverhalten zu der von ihm eingebrachten Beschlussvorlage. Der Stadt wurde damit ein unwiederbringlicher Schaden zugefügt. Die Resolution wurde von ihm eingebracht, nachdem Anrufer aus Australien, Neuseeland und England gefragt hatten, was in der Stadt los sei. 1937 hat eine bürgerliche Mehrheit gemeinsam mit Nationalisten verhindert, dass das Bauhaus in der Stadt blieb. Er äußert sein Bedauern darüber, dass vor diesem historischen Hintergrund die „Axt angelegt wurde“ an dem kulturhistorischen Denkmal der Stadt. Eine politische Einflussnahme auf derartige wissenschaftliche Institutionen hat in Deutschland nie ein gutes Ende genommen. Er äußert seinen Unmut über das Unverständnis für das Bauhaus Dessau-Roßlau.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, informiert über einen Bericht des EU Klimadienstes Copernicus, laut dem die Erderwärmung bereits jetzt fast sicher über dem 1,5-Grad-Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015 liegt. In 15 von 16 zurückliegenden Monaten wurden 1,5 Grad über dem vorindustriellen Mittel festgestellt. Der deutsche Wetterdienst warnt in dem Zusammenhang von der Zunahme von Extremwetterereignissen, wie beispielsweise der deutlichen Zunahme hoher Temperaturen, Hitzewellen, längeren Trockenperioden und Waldbrandgefahr. In dem Zusammenhang sieht er weiterhin einen Handlungsbedarf seitens der Stadt Dessau-Roßlau, sowohl beim Klimaschutz, als auch bei den Anpassungsmaßnahmen und bei der Vorbereitung auf Extremwettersituationen.

Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, thematisiert den neuen Standort der Eislaufbahn auf dem Parkplatz vor dem Rathaus. Er möchte wissen, wer diesen Standort gewählt hat, zumal dort auch Behindertenparkplätze vorhanden sind. Er äußert seinen Unmut über diese Entscheidung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Wunsch geäußert wurde, die Eisbahn an dieser Stelle zu platzieren. Dieses Anliegen wurde im Hinblick auf die Unterstützung des Weihnachtsmarktes geprüft und positiv darüber beschieden.

Herr Diederich, Fraktion AfD, erinnert daran, dass er zu seiner ersten Stadtratssitzung im Juli im Namen der AfD-Fraktion um gegenseitigen Respekt gebeten hat, für eine zukünftige gute Zusammenarbeit, für die Stadt und zum Wohle der Bürger. Am vergangenen Wochenende musste seine Fraktion erkennen, dass sich die Realität anders darstellt. Immer wieder müssen sich die Mitglieder der AfD-Fraktion es gefallen lassen, sich als Faschisten, Nazis oder Rechtsradikale betiteln zu lassen. Er weist darauf hin, dass Toleranz zu fordern, keine Einbahnstraße ist. Seiner Meinung nach sollte der, der Toleranz gegenüber Andersdenkenden einfordert, selbst in der Lage sein, respektvoll mit Andersdenkenden umzugehen. Er zeigt sich beschämt über das Verhalten einiger Stadträte bei einer Kranzniederlegung. Demokratisch gewählten Vertretern wurde versucht, den Weg zu versperren und Auseinandersetzungen wurden versucht zu provozieren, an einem Ort, an dem am 9. November 1938 Nationalsozialisten, also Menschen, die Andersdenkende verfolgten und für die Toleranz ein Fremdwort war, gewaltsam das Gotteshaus der jüdischen Gemeinde zu Dessau zerstörten. Unter diesen Personen waren am vergangenen Wochenende

auch Stadträte, die angestachelt haben oder zumindest zusahen, dass auf Kränze und Gestecke getreten wurde. Stadtrat Diederich sieht dies als Offenbarungseid von linken kriminellen Demagogen. Er sieht als Faschisten unserer Zeit diejenigen, die durch besonders autoritäres Verhalten anderen ihre Ideologie aufzwingen wollen und die jedem, der sich nicht massenkompatibel bewegt, „mit der Nazikeule erschlagen möchte“. An die Demokraten im Stadtrat appelliert er, sich von dieser Aktion linker Provokateure im Rahmen einer Gedenkveranstaltung zu distanzieren und dies zu verurteilen. Er stellt klar, dass sich die AfD-Fraktion hiervon nicht einschüchtern lassen wird, sondern gestärkt und mit Demut dem Vertrauen der Wähler gerecht werden sowie Verantwortung für die Stadt übernehmen wird.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, weist darauf hin, dass Pauschalisierungen keine Probleme lösen. Es vertritt die Auffassung, dass es andere Wege der sachlichen Auseinandersetzung gibt. In dieser Form aufeinander einzuhauen, führt zu nichts. Bedauerlicherweise stellt sich seiner Meinung nach die Situation ähnlich dar, wie in den 1920er und 1930er Jahren. Eine Eskalation in dieser Form hätte er nie für möglich gehalten, daher appelliert er mit Nachdruck an alle Demokraten, sich ins Benehmen zu setzen, zu verständigen und in Zukunft auf Auseinandersetzungen, die zu Gewalt führen könnten, zu verzichten. Der Dialog sollte nicht verwehrt werden; er muss geführt werden. Ein anderer Umgang miteinander muss erfolgen. Er äußert seine Besorgnis, dass dies andernfalls in öffentlicher Gewalt mündet.

Des Weiteren berichtet Herr Stadtrat Schönemann davon, dass ihm von einem Bürger herangetragen wurde, dass der kirchliche Kindergarten (getragen von der Diakonie) schließen wird. Er möchte wissen, ob Alternativen vorhanden sind, damit die Kapazitäten nicht weniger werden und ob bereits bekannt ist, wer der zukünftige Träger dieser Einrichtung sein könnte.

Anschließend äußert er sein Bedauern über die Ablehnung des Tagesordnungspunktes 7.3 und dass es daher zu keiner öffentlichen Diskussion kam. Er vermutet, dass einige Personen Furcht davor haben, die Dinge beim Namen zu nennen. Auch dies löst keine Probleme. Mit Nachdruck bedankt er sich bei der SPD, dem Freien-Bürger-Forum, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den freien Stadtratsmitgliedern. Die Parallelen, die sich auch hier wieder zu den 1930er Jahren zeigen, sind seiner Meinung nach immens. Es sollte möglich sein, vergangene Fehler nicht wieder zuzulassen. Seiner Meinung nach ist es möglich, sich hier zu finden und eine ordentliche Diskussion zu führen. Er schlägt dies als fraktionsloses Stadtratsmitglied vor, um sich dem Thema zu stellen.

Des Weiteren thematisiert er die offene Stelle des Schulsozialarbeiters an der Grundschule „Hugo Junkers“. Auf Anfrage seinerseits erhielt er die Mitteilung, dass eine Besetzung aufgrund der Haushaltssperre erst nach fünf Monaten erfolgen kann. Diese Frist endet am Jahresende. Er möchte wissen, wann die Stelle besetzt wird.

Abschließend möchte Stadtrat Schönemann wissen, welche Rolle die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit dem bedeutsamen Projekt der Schultheiss-Brauerei spielt. Er informiert über ein hoffnungsvolles Projekt einer Kulturgenossenschaft mit einem generationsübergreifenden Angebot, das es bislang noch nicht gibt. Nun sieht

es jedoch so aus, als ob dies scheitern könnte. Er bittet den Oberbürgermeister sowie die Dezernate diesbezüglich um Unterstützung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass bezüglich der Anfrage zur Kita Roßlau eine schriftliche Antwort erfolgt. Zur Frage der Schulsozialarbeit in der Grundschule „Hugo Junkers“ betont er, dass unabhängig von der Haushaltssperre sichergestellt wird, dass an allen Schulen der Stadt Schulsozialarbeit stattfindet. Über den aktuellen Besetzungsstand an der genannten Schule erfolgt eine schriftliche Antwort. Zum Thema der Schultheiss-Brauerei stellt der Oberbürgermeister fest, dass die Stadt Mitglied im Verein in Liquidation ist und diese Aufgabe auch wahrnimmt. In der Vergangenheit und auch weiterhin wurde und wird gemeinsam mit der Stiftung Bauhaus Dessau das Nutzungskonzept und die Schadenskartierung durchgeführt, dies jedoch als Nichteigentümer. Die Brauerei selbst steht in Trägerschaft des Vereins in Liquidation. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hört immer wieder von Bestrebungen, bis hin zum Thema Genossenschaft, auch wenn ihm die beteiligten Akteure nicht bekannt sind. Dreh- und Angelpunkt ist jedoch derzeit, dass auf der Ebene des Vereins erst wieder Handlungsfähigkeit nach dem Dahinscheiden des Liquidators erlangt werden muss. Aufgrund des fehlenden Partners entfaltet sich an der Stelle derzeit nicht die Schlagkraft, die gewünscht ist.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erklärt, dass die Dauer der Aussprache von 30 Minuten erreicht ist. **Herr Fricke, Fraktion SPD**, beantragt eine Verlängerung der Aussprache um 15 Minuten. Dieser Antrag wird zur Abstimmung gestellt (45:00:00).

Herr Mrosek, Fraktion AfD, richtet das Wort an Stadtrat Jakob Uwe Weber und erklärt, dass sich die Wirtschaftsförderung und der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus Gedanken über das Vorankommen nahezu jedes Unternehmens machen, Insolvenzverwaltung ist jedoch nicht inbegriffen. Ansprechpartner wären jene, die Unternehmen aufgrund hoher Energiekosten und gestiegener Kosten im Allgemeinen in die Insolvenz treiben. Anschließend thematisiert er die private Waldorfschule in Mosigkau. Er bezieht sich auf das Konzept des Landes und erklärt, dass er Kürzungen auch bei Privatschulen für das falsche Signal hält. Nachdem es Hinweise aus der Mosigkauer Bürgerschaft gab, dass Kürzungen vorgesehen sind und der freie Träger vor Ort dann möglicherweise nicht mehr existieren kann, hat er mit Herrn Dr. Tillschneider, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, gesprochen. Er richtet seinen Appell an den Landtag, dass diese Kürzungen nicht vorgenommen werden und bittet die Stadtverwaltung, sich hierfür einzusetzen. Weiter richtet er das Wort an Frau Bürgermeisterin Lohde und dankt für die Freigabe der von der AfD-Fraktion beantragten Mittel für Aufforstungen. Die Kreisjägerschaft hat gemeinsam mit dem Stadtförster und Kindern städtischen Wald und Hecken gepflanzt. Er hofft, dass dieses erfolgreiche Projekt im Jahr 2025 wiederholt wird. Anschließend richtet er das Wort an Frau Stadträtin Koschig und erklärt, dass er einen Schlüssel für das Bürgerbüro in Mosigkau besitzt. Er hätte uneingeschränkten Zugang, den er jedoch nicht nutzt, sondern seinen privaten PC. Des Weiteren richtet er eine Bitte an Herrn Beigeordneten Ulbrich. Nach der Anpassung der Entschädigung für die Stadträte, Ortschafts- und Aufsichtsräte sollte auch die Entschädigung der Stadtbezirksbeiräte

wenigstens in der Größenordnung der Ortschaftsräte angepasst werden, da diese in gleicher Funktion tätig sind. Abschließend richtet er das Wort an Stadtrat Nolte zum Thema Erderwärmung. Er fordert ihn auf, seine Kollegen zu befragen, welchen Beitrag diese zur Erderwärmung geleistet haben, nachdem sie im Jahr 2016 den Landesparteitag der Grünen auf einem Musikdampfer mit zwei Dieselmotoren, Baujahr 1990, auf der Elbe durchgeführt haben.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, hatte einen Redebeitrag zur von der Tagesordnung genommenen Resolution vorbereitet und nutzt nun die Gelegenheit zur Abgabe einer persönlichen Stellungnahme: „Es ist 5 vor 12, liest man immer wieder, wenn es um negative Entwicklungen in der Gesellschaft geht. In manchen geeigneten Fällen wird dies durch „wehret den Anfängen“ ersetzt. In Bezug auf die AfD wäre der richtige Punkt für „wehret den Anfängen“ kurz nach deren Gründung, spätestens nach der ersten Phase der Radikalisierung gewesen. In Bezug auf die AfD ist es heute auch nicht 5 vor 12, sondern mindestens Viertel nach 12. Um so erstaunlicher ist es für mich, dass es nach all den Entwicklungen und Vorkommnissen der letzten 10 Jahre auf allen Ebenen, sowohl hier im Saal, als auch draußen immer noch viele Menschen gibt, die meinen, die AfD sei eine normale demokratische Partei. Sie ist es nicht! Der Frontalangriff der Landes-AfD auf das Bauhaus, der zum Glück im Landtag mit großer Mehrheit abgewehrt wurde, war eben nicht nur ein Angriff auf das Bauhaus, sondern ein Angriff auf die gesamte Moderne und damit auf unsere Gesellschaft in Gänze. Daran ändert auch nicht, dass ein solcher inhaltlicher Vorstoß formal natürlich unter Meinungsfreiheit verbucht werden kann. Es ist aber ein Unterschied, ob eine Privatperson eine Kritik an irgendwas äußert oder eine Partei, die es in Form eines Antrags in einem Parlament macht. Gewissermaßen kann man der AfD in einer Hinsicht sogar dankbar sein, haben sie doch wieder einmal bewiesen, wer ihre ideologischen Vorbilder sind. Wohin das in den 1930er und 1940er Jahren geführt hat, wissen wir alle nur allzu gut. Die Resolution hätte uns nicht allein vor den Gefahren des Rechtsextremismus und Faschismus gerettet, sie hätte aber ein wichtiges Signal oder Zeichen geben können, nämlich, dass bei so fundamentalen Fragen die Demokratinnen und Demokraten immer noch zusammenstehen. Das ist leider nicht passiert.“

Herr Adamek, Fraktion CDU, erklärt, dass das Thema „Schule“ für ihn sehr wichtig ist. Die aktuelle Situation in der Stadt bewegt und beunruhigt auch teilweise ihn und seine Fraktion. Dies begründet sich in verschiedenen Fehlinformationen durch die Presse, zwischen Stadt und Landesverwaltung sowie zwischen Stadt und Presse. Die Stadtverwaltung war darüber informiert, was mit dem Schulgesetz auf die Stadt zukommt. Die Aussagen seitens der MZ, dass 50% der Schulen in der Stadt gefährdet sind, sind grundsätzlich falsch. Bei Betrachtung der Schuleinzugsbereiche und möglicher Kooperationen, dann ist keine Schule gefährdet, egal in welchem Stadtgebiet und in welcher Größe. Es bestehen keine Risiken, wenn dies gewollt ist. Stadtrat Adamek stellt fest, dass bezüglich der Gymnasien, insbesondere das Walter-Gropius-Gymnasium, seit 14 Monaten in der Stadtverwaltung offensichtlich nichts voranschreitet. Es ist bekannt, dass immer wieder Anträge beim Land gestellt werden, dass es Telefonat und Schriftverkehr gibt, um Zeit zu bekommen. In Sachen

Planung für das Walter-Gropius-Gymnasium sieht er jedoch derzeit keine Ziele. Am 20.09.2023 hat er einen zielorientierten Vorschlag gefordert. Am 13.12.2023 gab es eine Beschlussvorlage zu den Schuleinzugsbereichen, auch wenn das Schulgesetz Schuleinzugsbereiche für Gymnasien nicht zulässt. Es wurde trotzdem der Versuch unternommen, welcher vom Land dann auch negativ beschieden wurde. Am 31.01.2024 führt Frau Beigeordnete Hachmann aus, was alles nicht funktioniert hatte, Versuche wurden jedoch nicht gestartet. Es wurden Möglichkeiten präsentiert, die keine waren. Am 13.03.2024 wurde dann erklärt, dass eine Fusion vorbereitet wird, verwaltungsinterne Absprachen geführt und Vorschläge vorgelegt werden. Weitere zulässige Möglichkeiten wurden durch Stadtrat Adamek aufgezählt. Nach dem Verstreichen von nunmehr sechs Monaten ist jedoch wieder nichts passiert. Seines Wissens nach gilt die Ausnahmegenehmigung für das Walter-Gropius-Gymnasium bis zum 31.12.2024. Bis dahin findet nur noch jeweils eine Sitzung des Bildungsausschusses, des Haupt- und Personalausschusses und des Stadtrates statt. Einer dann notwendigen übereilten Entscheidung kann er nicht zustimmen. Er berichtet von seiner Elternarbeit seit dem Jahr 2004, dem Engagement für den Erhalt der Grundschule in Kühnau. Der Schließung einer Schule, die er als Elternvertreter gerettet hat, wird er als Stadtrat nicht zustimmen. Er kritisiert nachdrücklich, dass der Stadtrat seit mehr als 12 Monaten auf Lösungsvorschläge wartet. Ein wichtiger Standortfaktor ist eine ausgewogene, vielfältige Schullandschaft. Die Menschen entscheiden darüber, wie sie sich niederlassen. Aus seiner Sicht ist dies die Möglichkeit, gegen den demografischen Wandel vorzugehen. Er appelliert an das Schulverwaltungsamt, damit aufzuhören, zu verwalten und damit anzufangen, zu gestalten.

Herr Kaßner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bittet um ein Wortprotokoll für seine Rede: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, nach den Einlassungen der AfD muss ich wohl hier auch Stellung beziehen. Es ist immer wieder erschreckend, wie es die AfD schafft, sich als Opfer darzustellen und das von den Medien auch noch übernommen wird. Für mich begann der Tag der Kranzniederlegung mit missgünstigen und beleidigenden Kommentaren aus der Reihe der AfD. Dieses Shirt hat ihre Gemüter bewegt, aber ich frage mich, warum. Wenn sie doch auch gegen den Nationalsozialismus rund um das rechtsextreme Gedankengut von Adolf Hitler sind, dann hätten sie mir eigentlich Beifall klatschen müssen. Aber die Worte, die ich hörte, zeigten mir eindeutig, welchem Gedankengut sie nachhängen. Daher wird ihre Partei augenscheinlich nicht zu Unrecht vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Wir haben am Sonntag der 6 Millionen jüdischer Opfer des Nationalsozialismus gedacht, die auf unmenschlichste Weise von diesen Rechtsextremen getötet wurden. Wir können es nicht zulassen, dass die neuen Rechten mit ihrem falschen Gedenken die Opfer verhöhnern und deren Andenken mit Füßen treten. Um so mehr war ein friedlicher Protest auch in diesem Rahmen geboten. Als ich mich in die Reihe der Kondolierenden einreichte und einige Bürgerinnen und Bürger sich zu mir stellten, hörte ich von hinten sinngemäß: »Egal, wie viele das sind, wir drängeln uns durch« Sie haben also schon vor der Aktion mit ihrem Körpereinsatz gerechnet und diesen in Kauf genommen. Anwesende äußerten nach der Versammlung, dass die Stadträte der AfD den Körperkontakt förmlich gesucht haben. Das kann ich nicht bestätigen, da ich mit dem

Rücken zum Geschehen stand. Wenn man aber heute den Bericht in RAN1 sich anschaut, ist das eindeutig belegt. Es bleibt festzuhalten: 1. Sie sind nicht die Opfer! Die Opfer sind 6 Millionen getötete jüdische Menschen jüdischen Glaubens. 2. Sie sind nicht die Opfer! Sie und ihre Partei sind geistige Brandstifter. 3. Sie sind nicht die Opfer! Sie nehmen körperliche Auseinandersetzungen billigend in Kauf. 4. Sie schüchtern mich nicht ein! Egal wie viele Strafanzeigen sie gegen mich stellen, egal wie sie mich verleumden oder sonst irgendwas, sie schüchtern mich nicht ein! Wären in den 1930er Jahren mehr Menschen gegen sie und ihr Gedankengut auf die Straße gegangen, wäre uns die Shoa erspart geblieben. Ich bedanke mich daher bei jedem und jeder, die sich friedlich mit uns an die Stele gestellt haben, um gegen sie zu protestieren. Vielen Dank!“

Herr Fricke, Fraktion SPD, gibt ebenfalls eine Erklärung zu der geänderten Tagesordnung ab: „Wir haben, Sie haben hier die Chance vergeben, Position zu beziehen. Man kann diesen Versuch der AfD mit dem „Irrweg der Moderne“ als unqualifiziert abtun und es wäre sicherlich auch nicht so wichtig, es geht hier nämlich nicht darum, dass hier unser erster touristischer Magnet in Misskredit gebracht wird, das ist auch ein kleiner Kritikpunkt an der Vorlage. Sie haben die Chance vertan, dass die Stadt einmal Stellung bezogen hätte, in diesem Zusammenhang zu dem Sachverhalt insgesamt, denn es geht doch letztlich darum, welcher Geist dahintersteht, wer als Kultur selber nur Hasskultur kennt und Verachtung anderer, tut sich naturgemäß schwer, über kulturelle Dinge qualifiziert zu reden. Der Geist, der dahintersteht und das ist das, was eigentlich schlimm ist, und der hat früher, wenn man das weiterdenkt, am Ende im kulturellen Bereich zu entarteter Kunst und zu Bücherverbrennungen geführt. Das ist der eigentliche Kritikpunkt und da bin ich auch bei Herrn Diederich: Nein, ihr Angebot einer kollegialen Zusammenarbeit ist selbstverständlich ein vergiftetes Angebot und ich möchte mit Ihnen auch nicht zusammenarbeiten, schon gar nicht kollegial. Ich bedauere es ausdrücklich, dass in diesem Stadtrat und in einzelnen Fraktionen Tendenzen da sind, im Mehrheitsinteresse, mehr ist das nicht, das ist Arithmetik, um Mehrheiten zu schaffen, ziemlich viel mitzumachen. Der Geschäftsordnungsantrag war dafür ein Beispiel. Herr Diederich, Sie stellen sich hier hin und wollen uns erzählen, was Demokratie ist. Das ist ein guter Versuch, aber ein untauglicher. Sie wissen als Jurist, was ein untauglicher Versuch ist. Sie sind Mitglied einer Partei, die in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistisch gilt, in Thüringen und Sachsen auch. Sie sind Mitglied einer Partei, die in Thüringen im Landtag angeführt wird von einem Parteivorsitzenden, den man ungestraft als Faschisten bezeichnen darf und ich habe noch nicht gehört, dass Sie sich irgendwann mal von dessen Inhalten, die er verbreitet, distanziert hätte. Darum ordne ich Sie da auch ein und mit solchen Leuten möchte ich in diesem Stadtrat schlicht und einfach nicht zusammenarbeiten. Das ist auch kein Gerede von einer Brandmauer, weil von Brandmauer reden am meisten die, die sie dann gar nicht beachten, ohne dass ich jetzt hier irgendwen angucken will. Das dazu. Zu den Vorkommnissen vom Sonntag eine kurze Anmerkung: Wir hatten ja einen ähnlichen Vorfall, oder wie man es nennen will, im letzten Jahr. Auch dort hat die AfD eine Strafanzeige erstattet. Das Verfahren ist mittlerweile eingestellt worden. Die Strafanzeige wurde erstattet wegen Nötigung aufgrund des ähnlichen Sachverhalts, wie er am Sonntag war. Das Verfahren ist mitt-

lerweile eingestellt, und zwar rechtskräftig. Die Frist für die Beschwerde, die der Geschädigte und Anzeigersteller hätte einlegen können, ist abgelaufen und es wird jetzt wieder ein Ermittlungsverfahren geben und in circa einem Jahr werde ich Ihnen dann vielleicht berichten, was dabei herausgekommen ist. Danke schön!"

7 Beschlussfassungen

7.1 **Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2025 (Hebesatzsatzung)** Vorlage: BV/369/2024/II-20

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass die ursprünglich ausge-reichte Beschlussvorlage der Stadtverwaltung nach der beschlossenen Änderung (siehe Anlage 8 in der Beschlussvorlage) in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung am 06.11.2024 seitens der Verwaltung geändert wurde. In der aktuell vorliegenden Fassung wurden die Änderungen bereits eingearbeitet. Der Stadtrat beschließt über folgende Daten:

Damit wird der Hebesatz

- der Grundsteuer B (Grundstücke) von bisher 495 v. H. differenziert auf
 - für die unbebauten Grundstücke und Nichtwohngrundstücke (insbesondere Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke, Teileigentum und sonstig bebaute Grundstücke) 976 v. H.
 - für die bebauten Grundstücke, Wohngrundstücke (insbesondere Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser, Mietwohngrundstücke und Wohnungseigentum) 535 v.H. angehoben.
- Der Hebesatz von 350 v. H. bei der Grundsteuer A (Betriebe Land- und Forstwirtschaft) und der
- Hebesatz von 450 v. H. bei der Gewerbesteuer bleiben erhalten.

Während einer Aussprache bringt die **Fraktion AfD** einen Antrag zur Änderung der Beschlussvorlage ein, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.

Nach einer Diskussion wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (13:32:00). Danach stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung.

Beschluss:

Die in der Anlage 5 dargestellte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2025 wird beschlossen.

Damit wird der Hebesatz

- der Grundsteuer B (Grundstücke) von bisher 495 v. H. differenziert auf
 - für die unbebauten Grundstücke und Nichtwohngrundstücke (insbesondere Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke, Teileigentum und sonstig bebaute Grundstücke) 976 v. H.
 - für die bebauten Grundstücke, Wohngrundstücke (insbesondere Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser, Mietwohngrundstücke und Wohnungseigentum) und Wohnungseigentum) 535 v.H. angehoben.
- Der Hebesatz von 350 v. H. bei der Grundsteuer A (Betriebe Land- und Forstwirtschaft) und der
- Hebesatz von 450 v. H. bei der Gewerbesteuer bleiben erhalten.

Abstimmungsergebnis: 31:13:01

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine Pause von 20 Minuten durchgeführt. Während der Durchführung der Pause verlassen Herr Hoffmann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, sowie Herr Kellner, Fraktion CDU, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 43 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

7.2 Übernahme der Baulast für Bundesstraßen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau ab 01.01.2025 Vorlage: BV/346/2024/III-66

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, führt in die Thematik anhand einer Präsentation ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Folgende Fragen werden hervorgebracht:

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, möchte wissen, was sich an dem Procedere der verkehrsrechtlichen Anordnungen ändert, falls die Baulast an das Land Sachsen-Anhalt übergeht.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, berichtet, dass die Untere Verkehrsbehörde grundsätzlich die Anordnungsbefugnis besitzt bei kommunalen Straßen.

Herr Säbel, Leiter des Tiefbaumamtes, erläutert, dass die Untere Verkehrsbehörde weiterhin für alle verkehrsrechtlichen Anordnungen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau verantwortlich bleibt. Das einzige was sich an dem Procedere ändert sind die Ansprechpartner, welche die Stadt Dessau-Roßlau sowie die Landesstraßenbaubehörde sind.

Herr Fricke, Fraktion SPD, geht auf die Präsentation von Frau Bürgermeisterin Lohde, speziell auf die Ausstiegsszenarien ein. Er möchte erfahren, wo es gesetzlich verankert ist, dass eine Ausstiegsmöglichkeit bei einer erneuten Unterschreitung der 80.000 Einwohnergrenze besteht. Seiner Meinung nach ist dies nicht aus dem § 5 Absatz 2a des Fernstraßengesetzes ersichtlich.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erläutert, dass laut ihrer Rechtsauffassung bei einer erneuten Volkszählung ein Zuständigkeitswechsel stattfindet, falls zum wiederholten Male die Grenze von 80.000 Einwohner unterschritten wird. Derzeit liegt noch kein Wechsel vor, da die Stadt sich gegenüber dem Land erklärt hat.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist erneut darauf hin, dass ausschließlich der Presse, dem Rundfunk und ähnlichen Medien gestattet ist, Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen vorzunehmen. Er bittet um Einhaltung des § 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse.

Während des Tagesordnungspunktes verlassen Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sowie Herr Zoogbaum, Fraktion AfD, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 41 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Nach einer ausgiebigen Aussprache wird von **Herrn Adamek, Fraktion CDU,** ein Antrag gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Unterbrechung der Sitzung für 15 Minuten gestellt. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt. Weiterhin stellt Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied, einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (33:06:02)

Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen. Während der Unterbrechung verlassen Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, sowie Frau Grahneis, Fraktion Freies-Bürger-Forum, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit mindert sich auf 39 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage für die heutige Sitzung des Stadtrates zurückzieht. Die Verwaltung wird die Hinweise der Diskussion aufnehmen und die Vorlage zeitnah wieder einbringen.

**7.3 Resolution „Keine einseitig politisch geprägte Einmischungen in die wissenschaftliche Betrachtung des Bauhauserbes!“
Vorlage: FV/018/2024/**

Die Fraktionsvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:27 Uhr.

Dessau-Roßlau, 11.12.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

J. von Kloeden
Schriftführerin